

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/26

7. Februar 1977

Die Union kann Kreuth nicht überwinden

-----  
Konzeptionslosigkeit und Zerrissenheit prägen die  
Opposition

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstands

Seite 1 / 36 Zeilen

Nicht für jeden "Fall" ein neues Gesetz

-----  
Wichtiger als neue Kompetenzen ist Vertrauen für  
die Polizei

Von Heinz Pensky MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 48 Zeilen

Die Zermüßungskampagne geht weiter

-----  
Strauß will den landesväterlichen Nimbus von Goppel  
demonstrieren

Von Dr. Helmut Rothemund  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Seite 4 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5303 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 38/39  
Telek: 05 99 840-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Union kann Kreuth nicht überwinden  
-----

Konzeptionslosigkeit und Zerrissenheit prägen die Opposition

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Wir haben ein interessantes Wochenende hinter uns. Es hat die Widersprüchlichkeiten in den Unionsparteien gezeigt. Niemand - auch der noch amtierende CDU-Generalsekretär Dr. Kurt Biedenkopf nicht - kann aus der Welt schaffen, daß es einen deutlichen Widerspruch zwischen dem CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl und seinem designierten Generalsekretär Dr. Geißler gibt. Der eine tut so, als ob er mit den Hufen scharrt, um Obstruktion auf allen Gebieten zu betreiben und möglichst bald die Regierung in Bonn zu übernehmen. Der andere erklärt, man stelle sich auf Opposition bis 1980 ein. Vielleicht klären die beiden CDU-Aufsteiger aus Mainz, wer von ihnen das Sagen hat. Daß Dr. Kohl den beiden Koalitionsparteien nicht nachlaufen will, ist rührend. Diese Eröffnung erinnert an den Fuchs und die sauren Trauben.

Im Übrigen zeigt sich, daß CDU und CSU entgegen allen Beteuerungen Kreuth keineswegs überwunden haben. Die Angst vor einer CSU-Bundesliste für die Europa-Wahlen ist dafür bezeichnend. Die SPD kann dem Vorsitzenden der Proforma-Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU nicht die Sorge abnehmen, in welcher Form bei den Direktwahlen für ein Europäisches Parlament eine bundesweite Konkurrenz von CDU und CSU vermieden werden kann.

Die Union macht den fatalen Eindruck, als wolle sie nicht durch sachbezogene Alternativen um Vertrauen ringen, sondern durch totale Obstruktion auf allen Feldern der Politik eine Krisenstimmung erzeugen und eine Verfälschung des Wählerwillens herbeiführen. Daß dies nicht funktioniert, hat sich im Frühjahr 1972 schon einmal herausgestellt.

Dies ist keine Plattform, von der aus sich der mühsam und glanzlos gestartete offizielle Oppositionsführer und der künftige CDU-Generalsekretär profilieren, geschweige denn für ihre Funktionen qualifizieren könnten. Ihre schlagzeilenheischenden Sprüche reichen auch nicht aus, um die Konzeptionslosigkeit, Zerrissenheit und personellen Machtkämpfe in der Union zu verdecken oder die schon wieder länger gewordenen Schatten von Kreuth zu verdrängen.  
(-/7.2.1977/bgy/hgs)

+ + +

Nicht für jeden "Fall" ein neues Gesetz

Wichtiger als neue Kompetenzen ist Vertrauen für die Polizei

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Bundes-Kripo, deutsches FBI einerseits - der Ruf nach dem Henker andererseits: Das waren die Forderungen einer erschreckten Öffentlichkeit und vorschneller Kritiker auf die spektakulären Kriminalfälle des letzten Halbjahres. Hier, so meine ich, offenbart sich ein schlimmer Automatismus: für jeden Kriminalfall ein neues Gesetz - für jede Einzeltat eines Kriminellen mehr Kompetenzen für die Polizei, neue Organisationsformen.

Diesen Weg ist das Parlament schon einmal gegangen. Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen hat der Staat auf die Herausforderungen durch politisch motivierte Gewalttäter geantwortet. Unter dem Druck einer emotionalisierten Öffentlichkeit haben hier die Parlamente möglicherweise durchaus vorschnell reagiert. Die gleichen Bedenken müssen gegen übereilte Überlegungen zum organisatorischen Aufbau der deutschen Polizei geltend gemacht werden, wie sie von Bundesinnenminister Maihofer vorgeschlagen worden sind.

Das Bundeskriminalamt hat in den letzten Jahren zum Beispiel bei der politischen Kriminalität eine Reihe hervorragender Erfolge erzielen können - sie waren aber nur möglich, weil die Zusammenarbeit mit den regionalen Polizeien in den Ländern so vorzüglich geklappt hat. Die Vorstellung, daß hier einige Super-Bonds vom BKA alleine dies geschafft hätten, wird gerade von den Kriminalisten in Wiesbaden nicht ohne Grund zurückgewiesen.

Im Gegenteil: Gerade der föderative Aufbau der deutschen Polizei sowie ihre Spezifika wie der Datenverbund beim BKA in Zusammenarbeit

mit den Länderpolizeien, den kundigen Experten vor Ort, haben der Bundesrepublik, was Verbrachensbekämpfung angeht, einen hervorragenden Platz eingebracht. Die Aufklärungsquoten von nahezu 95 Prozent bei der Schwerekriminalität sind ein eindrucksvoller Beleg dafür.

In diesem Zusammenhang wäre es durchaus ein Thema für Sicherheitsexperten, die Zuständigkeiten des BKA grundsätzlich einmal zu überdenken - aber nicht im Sinne einer "politischen Flickschusterei" unter dem Eindruck erregender Kriminalfälle. Vielmehr sollte man die Kriterien, nach denen die BKA-Kompetenzen seinerzeit aufgestellt worden sind, möglicherweise kritisch neu definieren. Dabei wird man, so meine ich, mit einiger Sicherheit zu dem Schluß kommen, daß die ursprünglich getroffene Auswahl, die sich an Deliktarten, nicht aber am Tätervorgehen orientierte, eher willkürlich war und reformbedürftig ist. Im Klartext: Das BKA sollte grundsätzlich Eingreif- bzw. Federführungskompetenzen bei länderübergreifend tätig werdenden Banden erhalten - unabhängig davon, welche Delikte diese Täter nun begehen.

Dies alles sind Gründe genug, Vor schläge deutlich zurückzuweisen, die unter dem Eindruck einer verunsicherten Öffentlichkeit für neue Deliktarten eine Spezialabteilung beim Bundeskriminalamt einrichten wollen.

Was die deutsche Polizei im Moment jedoch dringender als neue Kompetenzen und Organisationsformen braucht, ist Vertrauen und Zeit: Beides braucht sie, um die spektakulären Fälle der letzten Monate lösen zu können. Und daß sie gut arbeiten kann, hat sie zur Genüge bewiesen - im Fall Snook mit einem sich abzeichnenden Erfolg. (-/7.2.1977/bgy/hgs)

+ + +

Die Zermürbungskampagne geht weiter  
-----

Strauß will den landesväterlichen Nimbus von Goppel demontieren

Von Dr. Helmut Rothemund

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Rede Goppels vor dem Bayerischen Landtag Ende Januar war für das Parlamentsprotokoll noch nicht einmal in Druck gegangen und schon wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten von seinen "Parteifreunden" ein neuer Hieb versetzt. Goppel hatte äußerst erregt dem Bayerischen Landtag zwei Dinge mitgeteilt:

- 1/ Er halte an seiner Erklärung fest, daß er die ganze Wahlperiode, also bis zur Landtagswahl im Jahre 1978, im Amt bleiben wolle.
- 2/ Es gebe keine Verabredung, wonach er vorzeitig aus seinem Amt ausscheiden wolle. Eine solche Behauptung hatte Strauß in einem Interview mit der Münchner Abendzeitung insofern aufgestellt, als er sagte, man sei im Jahre 1973 Übereingekommen, daß den Landtagswahlkampf 1978 bereits der Nachfolger Goppels führen solle.

Strauß hat schon zwei Tage nach dieser Landtagsitzung die Nachfolgefrage erneut aufgeworfen. Die Erklärungen, die er gegenüber Journalisten abgegeben hat, lassen darauf schließen, daß er nicht bereit ist, die Entscheidung Goppels zu respektieren. Im Gegenteil: Goppel soll offensichtlich als ein Mensch hingestellt werden, der ein früher gegebenes Wort gebrochen hat; daß er damit zu einem Wortbruch gegenüber dem Parlament gedrängt wird, scheint Strauß nicht zu bekümmern.

Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß gerade dieses Verfahren Methode hat. Zunächst ist es nicht neu, wie die Art der Bekämpfung des Strauß-Stellvertreters Heubl erkennen läßt. Dazu dürfte die Überlegung kommen, den landesväterlichen Nimbus von Goppel möglichst so zu demontieren, daß Nachfolger Strauß bei späteren Vergleichen nicht mehr so schlecht abschneidet, wie er zu befürchten scheint.

Nach Auffassung der SPD ist die Treibjagd gegen Goppel ein widerliches Schauspiel, das der Demokratie Schaden zufügt. Gewiß, Strauß hat aus seiner Meinung über Goppel schon vor der letzten Landtagswahl kein Hehl gemacht. Von ihm geht auch die Parole aus "Mit einem Siebziger in die Achtziger Jahre". Gerade damit hatte er aber Goppel zu der Festlegung gezwungen, er sei kein Übergangministerpräsident, sondern werde die ganzen vier Jahre im Amt bleiben.

Die SPD hat mit ihrer Kritik an Goppel nie besondere Zurückhaltung geübt. Ihr Hauptvorwurf gipfelt darin, daß er alles schleifen läßt und die Richtlinien der Politik gar nicht mehr bestimmt. Die CSU hat ihn jedoch in voller Kenntnis seiner Qualitäten, seines Alters und der Behauptung, daß er die ganzen vier Jahre im Amt bleiben wolle, aufgestellt und im Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Art, wie ihn Strauß und seine Getreuen jetzt laoworden wollen, ist eine Schande, die mit voller Wucht gerade auf eine Partei zurückfallen muß, die sich als christlich bezeichnet.

(-/7.2.1977/va/ben)